Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 102 (2022)

Heft: 1097

Rubrik: Markt und Moneten ; Politik für Zyniker

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MARKT UND MONETEN

UNGLEICHE UNGLEICHHEIT

Die USA und die Demokratische Republik Kongo (DR Kongo oder COD) stehen in der Rangliste der Einkommensungleichheit, gemessen am Gini-Index, auf dem gleichen Platz. Beide weisen einen Wert von 0,4 aus. Das heisst, dass die 10 Prozent mit den höchsten Einkommen gleich viel verdienen wie die anderen 90 Prozent. Es ist aber offensichtlich, dass diese Gleichheit völlig ungleich ist und unterschiedliche Ursachen und Konsequenzen hat. Das zeigt nur schon ein Blick auf das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen, das in den USA bei 65 000 US-Dollar pro Jahr liegt und in der COD bei rund 1000.

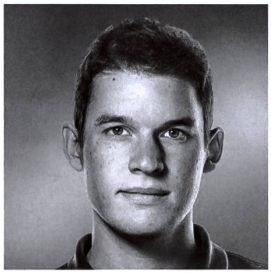
In der COD entsteht die Ungleichheit wohl durch eine räuberische Clique von Kriegsherren, die sich alles unter den Nagel reissen, was ihnen begegnet. In den USA dürften erfolgreiche Unternehmer, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen den Geschmack der Konsumenten treffen, für die Ungleichheit verantwortlich sein. Einfach gesagt, kommt die Ungleichheit im ersten Fall von Diebstahl und unproduktiver Umverteilung, im zweiten von der Wertschöpfung am Markt, die Konsumenten und Produzenten besserstellt. Die erste Art der Ungleichheit führt zur Verarmung ganzer Länder, die zweite zu Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen.

Strebt man eine freie Gesellschaft selbstbestimmter Menschen an, kann man aus diesem Vergleich drei Dinge folgern: Wir sollten erstens die Ungleichheit, die durch freie Märkte entsteht, akzeptieren; nur sie schaffen Wohlstand. Zweitens sollten wir gute Rahmenbedingungen für freie Märkte schaffen. Insbesondere sind Beschränkungen des Wettbewerbs, die oft nur der Korruption und Vetternwirtschaft dienen, zu bekämpfen. Und schliesslich brauchen wir drittens Chancengleichheit, damit jeder – als Unternehmer oder als Mitarbeiter – zu diesem Wohlstand beitragen und davon profitieren kann. Dazu brauchen wir ein gutes, durchlässiges Bildungssystem und gute Rahmenbedingungen für das Entstehen und Bestehen von Unternehmen. Dann entsteht zwar auch Ungleichheit, vor allem aber breiter Wohlstand.

Alexandra Janssen
leitet die Vermögensverwaltung innerhalb der Ecofin-Gruppe. In ihrer Kolumne befasst sie sich mit den praktischen Erkenntnissen, die sich aus der ökonomischen Theorie ergeben.

POLITIK FÜR ZYNIKER

WEM GEWALT NÜTZT



Kriege sind wirtschaftlich extrem schädlich. Das Institute for Economics and Peace schätzt, dass Gewalt und Konflikte die Welt im Jahr 2019 um 14,4 Billionen Dollar ärmer gemacht haben. Dass es trotzdem Kriege gibt, liegt einerseits daran, dass nicht alle Entscheidungsträger rational handeln. Andererseits gibt es durchaus Personengruppen, die von Kriegen profitieren. Das Geschäftsmodell der Taliban basiert im wesentlichen auf Krieg und Ausbeutung eroberter Gebiete. Die Hamas bezieht ihre ganze politische Legitimation aus dem kriegerischen Konflikt mit Israel. Putins aggressive Aussenpolitik hat einige im Sicherheitsapparat sehr reich und sehr mächtig gemacht. In allen drei Fällen profitiert eine kleine Gruppe auf Kosten des Rests der Bevölkerung.

Dieses Prinzip gilt nicht nur für Kriege, sondern auch für Gewalt im allgemeinen. Die Sklavenhändler in den US-Südstaaten verwickelten das Land nicht nur in einen Bürgerkrieg mit über einer halben Million Todesopfer. Sie zwangen ihren Mitbürgern auch eine Sklavenwirtschaft auf, die auf lange Frist alle ärmer machte ausser sie selber. Die Ökonomen Daron Acemoglu und James Robinson haben gezeigt, dass Sklaverei mit höherer Armut und tieferen Lebensstandards einhergeht. In einer Volkswirtschaft, die auf Ausbeutung basiert, fliesst kaum Kapital in Innovationen oder Geschäftsfelder mit höherer Produktivität, und kluge Köpfe haben wenig Anreize, sich in diesen Bereichen zu betätigen. Die Folge ist, dass die Südstaaten bis heute eine deutlich tiefere Wirtschaftskraft pro Kopf aufweisen als die anderen Gliedstaaten. Freiheit kann man zwar nicht essen, aber sie ist ein guter Dünger – viel besser jedenfalls als Blut.

Gewalt und Angriffskriege sind aus Sicht der Gesamtbevölkerung also ausgesprochen schlechte Ideen – das ist auch der Grund, warum in der Geschichte noch kaum je Demokratien Krieg gegeneinander führten. Leider liegt die Entscheidungsmacht jedoch nicht immer bei der Gesamtbevölkerung, sondern zu oft bei einer kleinen Elite, die von Gewalt profitiert. Wenn jene, die die Kosten tragen, entscheiden könnten, würden sie sich kaum selber ins Bein schiessen.

Lukas Leuzinger
ist stv. Chefredaktor dieser Zeitschrift. In seiner Kolumne schreibt er darüber, was Politiker sagen – und was sie dann tatsächlich tun.